

Ankündigung in Regierungserklärung lässt Umsetzung offen

Ganztags schulgarantie für Schüler bis 14 Jahre

Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung eine Ganztagsgarantie abgegeben, wonach es bis 2018 in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot geben soll.

Nachdem die bayerischen Kommunen erst jüngst unter größten Kraftanstrengungen den Rechtsanspruch auf einen Krippen- und Betreuungsplatz erfüllt haben, sehen sie sich durch die Ganztagsplatzgarantie des Ministerpräsidenten erneut mit einer Ankündigung von großer Tragweite konfrontiert. Während wichtige Details der Umsetzung offen sind, stellen sich gleichzeitig eine Reihe von Fragen. Dazu zählt insbesondere, wie viele zusätzliche Ganztags schulplätze geschaffen werden müssen, von wem und welche Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Das bayerische Kultusministerium verlautbart zwar, dass es an mehr als 80 Prozent der Schulen im Freistaat bereits ein Ganztagsangebot gebe. Ein genauer Blick zeigt allerdings, dass es nur für 7,4 Prozent aller Grundschüler schulische Ganztagsplätze gibt.

Wenn man Mittagsangebote und außerschulische Betreuungsangebote hinzu rechnet, kommt man auf rund 23 Prozent. Ob dies den tatsächlichen Bedarf deckt, ist ungeklärt. Was ist bedarfsgerecht? Etwa der derzeitige Bundesdurchschnitt von rund 26 Prozent oder sind es 30, 50 oder mehr Prozent?

Offen ist auch, wie die Ausbaupläne des Freistaats Bayern konkret aussehen. Welche personellen und finanziellen Ressourcen stellt der

Freistaat für den bislang schleppenden Ausbau an schulischen Ganztagsplätzen zur Verfügung? Gibt es Kostenfolgenabschätzungen?

Der bundesweite ISNM-Bildungsmonitor, den das Kultusministerium ansonsten gern als Beleg für seine Spitzenstellung im Ländervergleich heranzieht, bescheinigt Bayern bei der Förderinfrastruktur mit 7,4 Prozent schulischer Ganztagsplätze nur die drittniedrigste Quote und damit erheblichen Nachholbedarf. Dass das Kultusministerium die heutige Förderung als überdurchschnittlich gut bewertet, ändert daran wenig.

Offenkundig reichen die Mittel für ein größeres Engagement der Schulen nicht aus. Zahlreiche Probleme verursachen die unzureichenden Angebote zu Randzeiten und Ferienzeiten bei schulischen Ganztagsplätzen; darüber hinaus bestehen Reibungsflächen im Bereich schulischer und außerschulischer Betreuungsangebote.

Klärungsbedarf besteht auch, welcher Anteil der 6 Milliarden Euro, die laut Koalitionsvertrag auf Bundesebene für die Bildung zur Verfügung gestellt werden, der Ganztagschule in Bayern zugute kommt.

In den jüngsten Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags wurde angesichts der Dimension der Herausforderung die Forderung nach einem Ganztagsgipfel laut.

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de